

ORIGINAL an: 162

Kopie an: 166, 152, 260, 151

koeln

24.9.1974

17.00

kabel-nr. 98

u r g e n t

fuer botschafter mueller, de ziegler und herrn simonin.

offizieller besuch bundesrat grabers.
positionen der bundesregierung zu den
wichtigsten aussenpolitischen fragen.

die regierung schmidt

es ist offensichtlich, dass die sozial-liberale koalition augenblicklich nicht die kohaerenz hat, die frueher die zusammenarbeit zwischen willy brandt und walter scheel auszeichnete. dies haengt vom dezidierteren, auf seine fuehungsrolle bedachten charakter des kanzlers ab, zudem besteht aber zwischen schmidt und genscher nicht dasselbe vertrauensverhaeltnis, das die zusammenarbeit brandt/scheel in den letzten jahren kennzeichnete. auch sind die wirkungen des falles guillaume nicht abgeklungen. es ist kein guenstiges zusammentreffen, dass gerade genscher, der als frueherer innenminister brandts sich nicht voellig aus der affaere heraushalten kann, die rolle des vizekanzlers und direkten koalitionspartners schmidts uebernehmen musste. so verblieben nach dem ruecktritt brandts einige zeitzuender, die das verhaeltnis zwischen den beiden parteien und ihren leitenden persoenlichkeiten waehrend einiger zeit belasten duerften.

anscheinend stoest die regierung schmidt in breiten bevoelkerungsschichten auf mehr vertrauen als brandt waehrend des letzten jahres seiner regierungstaetigkeit.

schmidts direktester mitarbeiter ist der ebenfalls aus hamburg

./.

e . 3 6 7 3 .

25.9.74 1600h. -tlo-

Dodis



-2-

stammende, unter brandt als parlamentarischer staatssekretär im auswaertigen amt taetige hans apel, den die forschung art kennzeichnet, die schmidt den beinamen "schnauze" einbrachte. trotz seiner - oft betont bruesken - verhandlungsformen gilt apel zwar als ehrgeiziger, aber sehr faehiger politiker. die uebrigen spd-minister haben sich seit der regierungsbildung noch nicht besonders hervorgetan oder erhielten dazu keine gelegenheit.

in der fdp wird aussenminister genscher am bevorstehenden parteitag (30.9. bis 2.10.) zum parteivorsitzenden gewaehlt werden. als stellvertretender parteivorsitzender werden sich wahrscheinlich der linksliberale innenminister maihoefer und der auf dem rechten parteifluegel stehende wirtschaftsminister friedrichs zu einer kampfwahl stellen. eine gesicherte position in der partei hat landwirtschaftsminister ertl, dank der mit seiner amtsfuehrung nicht unzufriedenen bauernschaft.

die rolle egon bahrsn der das ressort fuer entwicklungshilfe uebernahm, ist noch schwer zu beurteilen. zweifellos hat ihn der kanzler auf diesen posten berufen, um sich gegenueber dem ihm distanziert gegenueberstehenden linken fluegel der spd abzusichern, mit ihm verfuegt der kanzler auch ueber einen direkten verbindungs-mann zum parteivorsitzenden willy brandt.

europapolitik

wenn man die von der presse veroeffentlichten aeusserungen des kanzlers ueber europa liest, muss man sich fragenn ob de gaulle nicht gerade in helmut schmidt seinen getreuesten gefolgsmann unter den heute im amt stehenden europaeischen politikern gefunden hat. seine ausfaelle gegen die aufgebauschte buerokratie in bruessel und die ueberbordende freude an initiativen der kommission sind toene, die hier neu sind. schmidt ist ueberzeugt, dass die europaeischen staaten ihre probleme nicht mehr einzeln loesen koennen und deshalb einer engen zusammenarbeit beduerfen. sein idealbild europas gleicht aber eher der "europe des patries", als dem entwicklungsfaehigen supranationalen europa schumans und adenauers.

./.

-3-

die zusammenarbeit unter den europaeischen staaten kann jedoch nur dann erfolgverheissend sein, wenn jeder staat seine nationalen pro-
bleme unter voller ausschloepfung seiner nationalen moeglichkeiten
selbst zu loesen versucht. daher die zwischen schmidt und giscard
gewissermassen vereinbarte formel: relance europeenne ja, aber erst
nach der erforderlichen konsolidierung der verschiedenen nationalen
wirtschaften.

die gemeinsame landwirtschaftspolitik wird hier bekanntlich als schlechtes beispiel gewertet, und schmidt fordert eine bestandes-
aufnahme der bisher erzielten resultate, die nach auffassung der
bundesrepublik kaum positiv ausfallen duerfte.

der zusammenarbeit mit frankreich, dem wichtigsten handelspartner
der bundesrepublik, misst der kanzler grosse bedeutung bei.
sie wird durch die langjaehrige bekanntschaft und vertrautheit
zwischen dem kanzler und dem franzoesischen praesidenten erleich-
tert. die ueberzeugung von der notwendigkeit der wirtschaftlichen
lebensfaehigkeit europas hat ihn auch zur stuetzungsaktion fuer
italien bewegt. mit weniger fingerspitzengefuehl als sein vor-
gaenger behandelt er die mitgliedstaaten des benelux, obwohl diese
mit bonn - wegen ihrer wirtschaftlichen abhaengigkeit von der
brd - in der minischlange verbleiben und die deutsche verhandlungs-
position in europaeischen waehrungsgespraechen staerken. ueber-
raschend kuehl ist sein verhaeltnis zur labour-regierung in london.
gerade schmidt soll wilson im elysee die schaerfsten vorwuerfe ueber
seine wirtschaftspolitik und seine unfaeheigkeit, auf die gewerk-
schaften einzuwirken, gemacht haben. der einfluss der skandinavier
und insbesondere palmes ist heute geringer als unter brandt. die
beziehungen zum schwedischen premier werden vor allem durch den in
seiner stellung als fraktionsfuehrer auch nicht mehr ganz sicheren
herbert wehner gewahrt.

atlantische gemeinschaft

zu den vereinigten staaten sucht der bundeskanzler ein moeglichst
ungetruebtes verhaeltnis. die einfuehrung des konsultations-
mechanismus zwischen den eg-staaten und washington und das entgegen-

./.

-3- -4-

kommen der bundesrepublik in der frage der stationierungskosten der amerikanischen truppen in der bundesrepublik haben zu der gewuenschten entspannung gefuehrt. trotzdem zeigte bundeskanzler schmidt in den letzten monaten starke zurueckhaltung, wenn es darum ging, direkt mit praesident nixon zusammenzutreffen. von dieser hypothek etwas zu spaet befreit, sieht er sich nun in der seinem politischen konzept nicht ganz gemaessen lage, im oktober eine ruslandreise antreten zu muessen, bevor er mit praesident ford zusammentrifft.

dem problemkreis europa und den beziehungen zu amerika, beides nicht als gegensatz, sondern als ergaenzung, bringt der kanzler das groesste interesse entgegen, die ostpolitik hat im vergleich zu frueheren jahren einen geringeren stellenwert erhalten.

ostpolitik

formell sind die beziehungen noch unter bundeskanzler brandt mit saemtlichen osteuropaeischen staaten, albanien ausgenommen, normalisiert worden. materiell bestehen praktisch keine probleme mit bulgarien, rumaenien und ungar, sowie weitgehend auch mit der tschechoslowakei, die bisher keine materiellen anschlussforderungen gestellt hat. differenzen bestehen mit der sowjetunion, polen und der ddr.

mit der sowjetunion:

hauptstreitpunkt sind die folgen unterschiedlicher interpretationen des berliner viermaechteabkommens, konkret, ob und inwieweit bonn die bindungen westberlins mit der bundesrepublik im rahmen des abkommens ausbauen darf. (der russische und der offizielle deutsche text der ddr sprechen bezeichnenderweise nicht von bindungen, sondern lediglich von verbindungen.) in der schwebe ist das schon anlaesslich des besuchs von breschnjew im fruehling 1973 ins auge gefasste wissenschaftlich-technologische abkommen, weil sich auch hier das problem der einbeziehung westberlins stellt. neuerdings bemueht sich bonn, bisher mit wenig erfolg, um die auswanderung mehrerer tausend sog. wolga-deutscher, auf

./.

-5-

deren schicksal zuerst der dissidente sowjetische physiker sacharow hingewiesen hatte. die wirtschaftlichen beziehungen haben sich gut entwickelt, bleiben aber stark hinter den geradezu enormen projektionen zurueck, die breschnjew vor anderhalb jahren gezeichnet hatte.

mit polen:

wahrend bonn den gewaltverzichtsvertrag mit polen als eigene leistung versteht, der warschau die bereitschaft gegeneuberzustellen habe, die auswanderungswilligen deutsch-staemmigen polen uebersiedeln zu lassen, ist dieser vertrag in polnischer sicht eine spaete abgeltung frueher zugefuegten unrechts. warschau verlangt, ohne dies oeffentlich einzugestehen, als gegenleistung fuer die auswanderung von ueber hunderttausend deutschstaemmigen polen (meistens spezialarbeiter und angehorige hoeherer berufsschichten) langfristige kredite in der hoehe von 2 - 3 milliarden dm, darueberhinaus deutsche entschaedigungen fuer an polen begangene medizinische experimente. die bundesregierung behandelt diese forderungen dilatorisch, vor allem auch, weil in der westdeutschen oeffentlichen meinung die auffassung vorherrscht, es sei gegeneuber den polen nunmehr der entschaedigungen genug.

mit der ddr:

ein wust von differenzen besteht im zusammenhang mit der besonderen lage westberlins und dem besuchsverkehr zwischen westberlin und ostberlin einerseits, der bundesrepublik und der ddr andererseits, ferner in zusammenhang mit der anwendung des transitabkommens (gelegentliche behinderung des verkehrs auf der autobahn hannover - berlin). im vergleich zur zeit vor 1971 haben sich die kontakte und auch die zusammenarbeit, freilich fast ausschliesslich zur markierung der gegenseitigen abgrenzung auf allen gebieten, stark vermehrt. daneben ist zu beachten, dass der innerdeutsche handel, der von den ewg-vertraegen ja nicht als handel mit drittstaaten erfasst wird, sich stark entwickelt und in hohem masse von der bundesrepublik durch swingkredite im umfang von ca. 600 millionen dm vorfinanziert wird. hier liegen einige truempfe fuer

./.

bonn, welche die bundesrepublik in begrenztem umfang ausspielen kann.

seit dem ruecktritt brandts beobachtet die bundesregierung in der ostpolitik eine deutliche atempause. die initiativen der letzten monate, so auch der besuch gromykos in bonn und der fuer ende oktober anberaumte gegenbesuch schmidts in moskau, sind in erster linie darauf angelegt, innenpolitisch, d.h. der sozialdemokratischen parteilinken, keinen grund zu vorwurfen zu liefern, die bundesregierung lasse die von brandt muhsam angekurbelte ostpolitik wieder einschlafen.

die federfuehrung liegt weiterhin eindeutig beim kanzleramt, d.h. bei bundeskanzler schmidt. aussenminister genscher stand der ostpolitik schon als innenminister skeptisch gegenueber.

zypern

die bundesregierung vermeidet es, offiziell ausserhalb des rahmens der eg taetig zu werden. diese zurueckhaltung ist ihr schon deshalb nahegelegt, weil zwischen der bundesrepublik und der tuerkei traditionell freundschaftliche beziehungen bestehen, die noch aus der zeit des deutsch-britischen gegensatzes und dem bau der bagdad-bahn stammen. privat aeussern hohe beamte des auswaertigen amtes recht unumwunden ihre bestueerung ueber das tuerkische vorgehen im zypern-konflikt. der besuch des griechischen aussenministers mavros in bonn in der ersten septemberhaelfte bot beshalb der bundesregierung gelegenheit, der griechischen regierung sympathie zu bezeugen. insoweit als daraus materielle versprechungen resultieren, sieht athen die dinge indessen zu optimistisch.

politisch ueberlaesst bonn die rueckfuehrung griechenlands in die verschiedenen europaeischen gremien frankreich. wirtschaftlich sucht die bundesrepublik zumindest jeden eindruck einer abkuehlung zwischen bonn und ankara zu vermeiden.

./.

-7-

die beziehungen zum nahen osten

nach der aufnahme diplomatischer beziehungen zu israel im mai 1965 brachen die meisten arabischen staaten ihre beziehungen zu bonn ab. die regierung brandt und jene schmidts haben unter aufwendung betraechtlicher diplomatischer mittel nunmehr geregelte beziehungen zu allen 20 mitgliedstaaten der arabischen liga. die regierung entsprach damit sowohl dem wunsch weiter wirtschaftskreise wie auch der forderung des linken fluegels der spd. ein gewisser ausgleich in den beziehungen zu israel geht dazu parallel. man darf nicht vergessen, dass gerade die bundesrepublik im november 1973 sich gezwungen sah, den beschluss der eg- aussenminister mitzuunterzeichnen.

ksze und mbfr

seit dem vergangenen fruehling wuenscht die bundesregierung einen erfolg der ksze vor allem aus innenpolitischen gruenden: sie will in erster linie in das abschlussdokument einen passus ueber die moeglichkeit der friedlichen veraenderung der grenzen einbringen, um damit verfassungsrechtliche bedenken gegen die konformitaet der ostvertraege mit dem grundgesetz auszuraeumen. die bundesregierung haelt es aufgrund ihrer bei der aushandlung der ostvertraege gemachten erfahrungen fuer unerwuenscht, die konferenz an der frage der gewaehrung vermehrter freiheit im austausch von ideen und menschen scheitern zu lassen. um ihr vornehmlich innenpolitisches interesse an einem konferenzerfolg nicht allzu manifest zu machen, hat sie durch bundeskanzler schmidt mehrfach erklaren lassen, sie teile und unterstuetze amerikanische anliegen, die ksze zum erfolg zu fuehren.

bei der problematik ksze und mbfr ist zu bedenken, dass die bundesrepublik den wiener gespraechen immer groessere sympathien entgegenbrachte als den verhandlungen in helsinki und genf. dies ist sowohl die haltung des verteidigungsministeriums wie auch des auswaertigen amts, das in der verhandlung von ver- ./.

-8-

teidigungsgemeinschaft zu verteidigungsgemeinschaft groessere garantien fuer die interessen der bundesrepublik sieht als bei der ihres erachtens zentrifugalen kraeften ausgesetzten ksze. diese politik, die zu zeiten brandts teilweise auf das misstrauen verteidigungsminister Lebers und aussenminister scheels gegenueber bahrs ostpolitik zurueckzufuehren war, wurde, wie es scheint, vom kabinett schmidt auch ohne diese beweggruende uebernommen.

die bundesrepublik in den vereinten nationen

es ist von hier aus schwer zu beurteilen, wie die bundesrepublik als uno-mitglied vorzugehen gedenkt. waehrend der letztjaehrigen generalversammlung soll sich die bonner delegation zurueckhaltend verhalten haben. bei jeder frage scheint immer auch auf moegliche vorgehen der ddr abgestellt zu werden. wie zu erwarten, war eine der ersten eigenen initiativen der zu beginn dieser generalversammlung gemeinsam mit den delegationen der ddr und oesterreichs vorgebrachte antrag, die wichtigsten dokumente der weltorganisation auch ins deutsche zu uebersetzen. dies ist, wie seinerzeit die hallstein-doktrin, bekanntlich eine konstante der politik der bundesrepublik in internationalen organisationen. genscher hat am 23. abend in der generaldebatte in new york gesprochen. er wird die ganze woche in new york bleiben und gespraechе mit kollegen, insbesondere kssinger, fuehren.

energiefragen

die bundesrepublik hat sich sofort nach dem oel embargo fuer eine konzertation unter den verbraucherstaaten ausgesprochen und scharf gegen das bilaterale vorgehen frankreichs stellung genommen. bekanntlich kam es auch in washington zwischen jobert und scheel zu gegenseitigen anschuldigungen. in der zwoelfer-gruppe soll die bundesrepublik sehr aktiv gewesen sein, dabei jedoch sofort nach dem regierungswechsel in frankreich bei verschiedenen zusammen-

./.

kuenften auf regierungsebene und durch die entsendung hoher beamter nach paris die franzoesischen behoerden zu einer teilnahme im iep zu ueberzeugen versucht haben. auch dies ist nicht nur folge einer politischen konzeption, sondern entspricht dem wunsch, die wirtschaftslage des wichtigsten handelspartners moeglichst stabilisiert zu sehen und danach zu trachten, frankreich in die lage zu versetzen, den schock eines oelembargos im rahmen gemeinsamer massnahmen der verbraucherstaaten aufzufangen.

ps: zu ostpolitik mit der sowjetunion:

im viermaechteabkommen ueber berlin lautet der nichtoffizielle deutsche ausdruck ''bindungen'' (brd) bzw. ''verbindungen''(ddr), auf franzoesisch ''liens'', auf englisch ''ties''.
lacher.

ambasuisse